

Jahrgang 73, 2024, Heft 1 – Inhalt

EDITORIAL	1
NACHRUF	
<i>Joachim Detjen</i> In memoriam Bernhard Sutor.....	4
ONLINE-ARCHIV	
USA	6
INTERVIEW	
Widerspruch schafft Erkenntnis – Das Interview von Waltraud Schwab (taz, die tageszeitung) mit dem Historiker Michael Wolffsohn über den Nahostkonflikt	7
MEINUNG	
<i>Stefan Immerfall</i> Finanzpolitische Zeitenwende oder Rolle rückwärts? Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts	14
AKTUELLE ANALYSE	
<i>Sebastian Berg</i> Immigrationspolitik in Großbritannien: Von Funktionalität zu Postfunktionalität?	17
WIRTSCHAFTSPOLITISCHE KOLUMNE	
<i>Jens van Scherpenberg</i> Deutschland – der „kranke Mann Europas“?	26
FACHAUFSÄTZE	
<i>Ortwin Renn</i> Partizipative Klimapolitik. Anforderungen und Aussichten	32
<i>Andreas N. Ludwig</i> Wahlen in Zeiten der Polykrise? Baustellen der Europäischen Union im Europawahljahr 2024	44

Reimut Zohlnhöfer/Fabian Engler
 Fortschritt gewagt – und wie weit gekommen? Eine Halbzeitbilanz der
 Ampel-Koalition unter Olaf Scholz 55

Friederike Alm/Elke Winter
 Einwanderungstraumland Kanada? – Perspektiven und Impulse für die
 deutsche Einwanderungs- und Integrationspolitik 68

ESSAY

Margarete Menz und Jessica Wilzek
 Wenn nicht jetzt, wann dann? – Zur Reform des
 Wissenschaftszeitvertragsgesetzes 80

KONTROVERS DOKUMENTIERT

Thorsten Winkelmann
 Chancen und Risiken eines Industriestrompreises – ein Politikum? 87

DIDAKTIK DER SOZIALWISSENSCHAFTEN

Tom Meyer/Florian Weber-Stein
 „Mediengeile Klimakleber oder selbstlose Weltretter?“ Eine Talkshow-
 Simulation zu den Protesten der Letzten Generation 94

DAS BESONDERE BUCH

Delia Zollinger
 „Verkratert statt gespalten“. Von der Politisierung neuer Konfliktstrukturen
 in der Gegenwartsgesellschaft. Mau/Lux/Westheuser (2023):
 „Triggerpunkte“ 106

Stefan Hradil
 Ist die deutsche Gesellschaft gespalten? Harald Jähner (2022):
 „Höhenrausch. Das kurze Leben zwischen den Kriegen“ 111

REZENSIONEN

Moritz Peter Haarmann
 Reinhold Hedtke: Konzepte ökonomischer Bildung 119

Susann Gessner
 Matthias Busch/ Andreas Petrik/Sören Torrau/Christian Welniak (Hrsg.):
 Gesellschaft inszenieren, gestalten und reflektieren. Eine subjektiv-biografische
 Einführung in die kommunikative Fachdidaktik von Tilman Grammes 120
 Autorinnen und Autoren 121

Widerspruch schafft Erkenntnis

Das Interview von Waltraud Schwab (taz, die tageszeitung) mit dem Historiker Michael Wolffsohn über den Nahostkonflikt

Waltraud Schwab

Schwab: Herr Wolffsohn, als deutsch-jüdischer Historiker sind Sie seit dem 7. Oktober sehr gefragt. Sie sollen alles erklären: Israel, Palästina, Antisemitismus, Judentum, Terror, Krieg, alles. Wie halten Sie es aus?

Wolffsohn: Ich bin ein altes Schlachtross. Und das Sprechen ist auch Entlastung. Denn ich bin zutiefst niedergeschlagen. Von der Entwicklung in Nahost. Und von der Entwicklung in Bezug auf jüdisches Leben in der Diaspora, in Deutschland im Besonderen und ganz besonders in Berlin. Nie habe ich mir vorgestellt, dass es hier je wieder einen so virulenten Antisemitismus gibt. Das auszusprechen ist eine Aufgabe, der ich mich stellen muss.

Schwab: Um Verständigung herzustellen?

Wolffsohn: Ich versuche, die Vielschichtigkeit des Konfliktes darzustellen. Geschichte besteht aus vielen Schichten, wie dieses wunderbare Wort zeigt. Das gibt es so in keiner anderen Sprache, die ich kenne.

Schwab: Am 7. Oktober griff die Hamas Israel an, ermordete um die 1.200 Menschen, verschleppte 250. Haben Sie je mit so einem Angriff gerechnet?

Wolffsohn: Nein. Aber es überrascht trotzdem nicht. Die Palästinenser sind in der arabischen Welt jene, die im Umgang mit der modernen Waffentechnologie am fähigsten sind. Nicht zuletzt sahen sie sich aufgrund ihrer tragischen Konkurrenz zu Zionismus und Israel auf ihre Weise dazu gezwungen. Seit 2007 wird Israel ständig mit



Waltraud Schwab

taz-Redakteurin seit 2002. 2005 Theodor-Wolff-Preis für die Reportage „Schön ist das nicht“. 2011 mehrfach prämiert für die Reportage „Die Extraklasse“. Foto: Dagmar Morath

Prof. Dr. Michael Wolffsohn

lehrte von 1981 bis 2012 Geschichte an der Bundeswehrhochschule in München. Einer seiner Schwerpunkte: israelisch-deutsche Geschichte, zu dem er grundlegend Buchveröffentlichungen vorgelegt hat.

Foto: Rita Wolffsohn



Finanzpolitische Zeitenwende oder Rolle rückwärts?

Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts

Stefan Immerfall

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zum Klima- und Transformationsfonds ist ein schönes Beispiel gemäß der Systemtheorie á la Niklas Luhmann. Das Gericht entschied nur nach dem Code „Recht oder Unrecht“ ohne sich um Wirkungen auf andere Systeme zu kümmern. Die Entscheidung entzog dem Bundeshaushalt mit einem Schlag nicht nur 60 Milliarden, sondern stellte diverse Sondervermögen des Bundes, aber auch der Länder ins Feuer. Der Hinweis, dass es das BVerfG im März 2021 selbst war, welches die Regierung zu mehr Klimaschutz ver-gatterte, hilft deswegen nicht weiter. Verwundern muss aber, wie unisono das Urteil als „Klarstellung“ und „Präzisierung“ der Schuldenbremse“ gelobt wurde. Dem ist aus finanzsoziologischer Sicht zu widersprechen. Die Vorstellung, politische Konflikte ließen sich juristisch lösen, ist zwar in Deutschland weit verbreitet, führt aber in die Irre.

Nun wurde auch und gerade in dieser Zeitschrift (namentlich von Roland Sturm) auf die finanzpolitische Problematik von Neben- und Schattenhaushalte hingewiesen. Hier soll auch die Schuldenbremse als solche nicht diskutiert werden. Kritisiert werden muss aber die generelle Neigung, politische Entscheidungen als Gebote des Rechts der politischen Auseinandersetzung zu entziehen. Politische Entscheidungen sollten in der politischen Arena und nicht vor Gericht entschieden werden. Die Auslagerung politischer Konflikte auf andere, namentlich das rechtliche Subsysteme ist (a) aus demokratischer Sicht begründungspflichtig, (b) führt regelmäßig zu schwerwiegenden Folgeproblemen und (c) stellte eine deutsche Sonderrolle dar, die im europäischen Staatenverbund kontraproduktiv wirkt.



Prof. Dr. Stefan Immerfall

Professor für Soziologie an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd

Immigrationspolitik in Großbritannien: Von Funktionalität zu Postfunktionalität?

Sebastian Berg

Bekanntlich stellt die *Conservative Party* im Vereinigten Königreich seit über 13 Jahren die Regierung, knapp die Hälfte der Zeit mit absoluter Mehrheit im Unterhaus. Dennoch debattiert sie mit einer Vehemenz über Versäumnisse in der Immigrationspolitik und die Notwendigkeit, sie effektiver zu steuern und zu begrenzen, als säße eine andere Partei an den Hebeln der Regierungsmacht. Schon David Cameron, Premierminister von 2010 bis 2016, wurde der Vorwurf gemacht, seine Ankündigung, die jährlichen Einwanderungszahlen in den fünfstelligen Bereich zu senken, nicht realisiert zu haben (Dennison & Geddes 2018: 1142). Jüngst sieht sich sein amtierender Nachfolger, Rishi Sunak, mit ähnlicher Kritik konfrontiert – nicht nur von der von ihm entlassenen früheren Innenministerin Suella Braverman, sondern auch vom für Immigration zuständigen Staatssekretär Robert Jenrick, der bis vor kurzem als Verbündeter Sunaks galt (Syal 2023a).¹ Trotz aller Versuche, eine „feindliche Umwelt“ für Migrant:innen zu schaffen, wie es der Wunsch der früheren Innen- und Premierministerin Theresa May war, stiegen die Zahlen und lagen kürzlich mit einer Nettozuwanderung von 745.000 zwischen Dezember 2021 und Dezember 2022 auf Rekordniveau (Walker 2023).

Damit haben die britische Politik im Allgemeinen und die *Conservatives* im Besonderen ein Problem. Dies liegt allerdings weniger daran, dass die Zahlen „zu hoch“ sind, als daran, dass Teile des öffentlichen und vor allem des veröffentlichten Diskurses dies behaupten.² Das Dilemma der Politik besteht darin, Immigration so zu gestalten, dass sie einen wirtschaftlich und gesellschaftlich bestehenden Bedarf bedient, andererseits aber auf die – empfundenen oder realen – Herausforderungen und Probleme reagiert, die Zuwanderung mit sich bringt. James Dennison und Andrew Geddes beschrieben das Dilemma (in Anlehnung an Hooghe und Marks, die



apl. Prof. Dr. Sebastian Berg
Social and Cultural Studies, Ruhr-Universität Bochum

diese Begrifflichkeit für den EU-Integrationsprozess verwendeten) als Spannung zwischen einem funktionalen und einem postfunktionalen Umgang mit Migration (2018: 1138). Funktionalität bezeichnet dabei eine Steuerung von Migration, die sich an ökonomischen Interessen und materiellen gesellschaftlichen Bedürfnissen orientiert, Postfunktionalität die Priorisierung rassistischer Ressentiments oder ökonomischer Konkurrenz- und sozialer Abstiegsängste. Diese Spannung zeigte sich schon seit der Anwerbung von Arbeitskräften aus dem *New Commonwealth* ab 1948 (oder sogar seit den Gesetzen zur Regulierung der Beschäftigung von Seeleuten aus den Kolonien im frühen 20. Jahrhundert). Einen Wendepunkt bildete aber die Politik der *New Labour* Regierungen, die sich einerseits explizit einer geregelten Zuwanderung (*managed migration policy*) verschrieben und andererseits den zehn EU-Beitrittsländern von 2004 sofort die Tore öffneten – dies geschah außer im Vereinigten Königreich nur noch in Schweden und Irland.

Der Zuzug von Arbeitskräften aus Osteuropa – rechtlich keine Immigrant:innen, sondern Menschen, die eine der vier Freiheiten der EU in Anspruch nahmen – stieß trotz damals niedriger Arbeitslosenraten auf Skepsis. Kulturell-rassistisch gefärbte Vorurteile mischten sich mit zunehmenden materiellen Sorgen, insbesondere nach Beginn der von Banken- und Finanzkrise ausgelösten Rezession. Bereits 2007 sprach Premierminister Gordon Brown, damals neu im Amt, von der Notwendigkeit, zunächst britische Arbeitnehmer:innen mit britischen Jobs zu versorgen (Morrison 2019: 595). David Cameron machte diese Maxime nach 2010 zum zentralen Bestandteil seiner Verhandlungen zur künftigen britischen Rolle in der EU. Damit lieferte er denen eine Steilvorlage, die Zuwanderung (egal ob aus der EU oder von anderswo) zur Kernfrage des Brexit-Referendums überhöhten. Da aber auch der vollzogene Brexit bislang nur zu einer veränderten Zusammensetzung, nicht aber zu einem Rückgang der Einwanderung führte, sind Kontrollmöglichkeiten zum Kern der Auseinandersetzung um Immigration geworden. Die politische Debatte – in der *Conservative Party*, aber keineswegs nur dort – scheint sich damit mehr und mehr auf postfunktionale (oder besser dysfunktionale) Argumente zu fokussieren.

Im Folgenden geht es daher um die Analyse der Situation nach dem Brexit. Sie beginnt mit einer Bestandsaufnahme aktueller Migration ins Vereinigte Königreich. Danach beleuchtet sie jüngste Verschiebungen im Verhältnis von funktionaler und postfunktionaler Immigrationspolitik. Schließlich fragt sie nach deren Auswirkungen und diskutiert die Möglichkeiten einer nicht ökonomisch verengten, sondern gesellschaftspolitisch funktionalen Strategie, die Immigration nicht primär als Problem behandelt.

1. Zuwanderung im 21. Jahrhundert

Eine der sichtbarsten Veränderungen bei Migrationsbewegungen in Richtung Großbritannien war in den letzten Jahrzehnten ihre Europäisierung. Zwischen 1993 und 2017 stieg der Anteil der in anderen EU-Staaten geborenen Menschen im Land von etwa einer auf 3,7 Millionen (Dennison & Geddes 2018: 1139). 2014 überstieg die Zahl der aus EU-Ländern zugewanderten erstmals die Zahl derer, die aus

Deutschland – der „kranke Mann Europas“?

Jens van Scherpenberg

Schlimm muss es um Deutschland stehen. Der „Spiegel“ erklärt das Land zum „Sanierungsfall“, für den britischen „Economist“ ist es „the sick man of Europe“ – der kranke Mann Europas. Es soll gar die „Deindustrialisierung“ des weltweit führenden Industrielands drohen. Die Bauwirtschaft liegt darnieder und das Land schiebt einen Berg an notwendigen Infrastrukturinvestitionen vor sich her. Aber andererseits: von Massenarbeitslosigkeit, Zusammenbrüchen großer Unternehmen keine Spur. Die Autoindustrie sieht sich zwar in der Krise, der Absatz an benzin- und dieselgetriebenen geht zurück, der Verkauf von vollelektrischen Fahrzeugen bricht sogar ein, die Kapazitäten sind unterausgelastet. Der Maschinenbau hingegen, eine der deutschen Schlüsselindustrien, sieht keine Krise, allenfalls ein leichtes Abschmelzen seiner übervollen Auftragsbücher. Zwar werden manche Investitionen, die sonst am deutschen Standort vorgenommen werden, nun ins Ausland verlagert, nicht zuletzt in die USA, die im Rahmen ihres Inflation Reduction Act (IRA) mit hohen Subventionen locken. Aber andererseits kommt es auch zu bedeutenden Neuinvestitionen ausländischer Unternehmen in Deutschland, wie Tesla in Grünheide bei Berlin und Intel in Magdeburg – auch sie natürlich massiv subventioniert. Es herrscht nicht nur Vollbeschäftigung, sondern massiver Mangel an Arbeitskräften,

ob Facharbeiter in Industrie, Handwerk, Bauwirtschaft, oder auch ungelernete Arbeitskräfte in der Gastronomie und anderen Dienstleistungsbranchen. Es könnte also eigentlich mehr produziert und an Diensten erbracht werden, wenn es dafür nur genügend Arbeitskräfte gäbe. Widersprüchliche Signale fürwahr. Was ist also dran am deutschen wirtschaftlichen Niedergang? Geht er erst richtig los, ist er schon vorbei, bevor er überhaupt begonnen hat? Oder steckt hinter dem Reden vom Niedergang Deutschlands womöglich einfach der Anspruch der europäischen Führungsmacht auf ungebrochenen Erfolg, an dem gemessen die gegenwärtige Wachstumsschwäche als nationale Katastrophe erscheint?

Krisenwahrnehmung ...

„Wir Verlierer: Eben noch war die deutsche Wirtschaft Wachstumsmotor, jetzt ist sie Schlusslicht der westlichen Industriestaaten. Unser Wohlstand ist in Gefahr und die Regierung wirkt ratlos.“⁴¹

Es ist fürwahr eine verstörende Diagnose, die der Spiegel im September 2023 seinen Lesern zumutete. Er ist damit nicht allein. Die alte Titelschlagzeile aus dem deutschen Krisenjahr 1999 vom „kranke Mann Europas“, die der Economist im August 2023 wieder ausgegraben hat, wenn auch



Dr. Jens van Scherpenberg

Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft
Ludwig-Maximilians-Universität München

Partizipative Klimapolitik

Anforderungen und Aussichten

Ortwin Renn

Zusammenfassung

Klimapolitik ist aufgrund ihrer Komplexität und Reichweite mehr denn je auf innovative Beteiligungsverfahren angewiesen. Mit Hilfe innovativer Formate wie dem analytisch-deliberativen Diskurs, erhalten betroffene Bürger:innen die Gelegenheit, in einem Klima gegenseitiger Anerkennung, sowie des Respekts vor der Legitimität unterschiedlicher Wertesysteme und Präferenzen Probleme neu zu definieren, alternative Handlungsoptionen zu diskutieren und die damit verbundenen Folgen und Implikationen zu bewerten. Solche verständigungsorientierte Diskurse können gerade in der Klimapolitik helfen, komplexe Sachverhalten zu klären, Ziele und Strategien zu reflektieren und gemeinsam eine sach- und wertgerechte Gestaltung der Klimapolitik vorzubereiten.

1. Einleitung

Der unverändert hohe Ausstoß an klimaschädigenden Emissionen in Deutschland und erst recht weltweit sowie die Neubewertung geopolitischer Abhängigkeiten von fossilen Energieträgern führen aktuell zu einem erhöhten Handlungsdruck hinsichtlich des Ausbaus der energetischen Infrastruktur und der Umsetzung einer wirksamen Klimaschutzpolitik. Dies lässt derzeit die Relevanz von Beteiligung und Teilhabe an der Planung und Umsetzung von Infrastrukturmaßnahmen, die dem Klimaschutz dienen, in den Hintergrund rücken. Es besteht die Gefahr, dass die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse verkürzt werden und Teilhabe lediglich als entbehrliches Beiwerk einer bürgernahen Politik angesehen wird (WPKS 2023). Für die nachhaltige



Prof. Dr. Dr. Dres. h.c. Ortwin Renn

ehemaliger wissenschaftlicher Direktor am Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS), Potsdam, emeritierter Professor für Techniksoziologie an der Universität Stuttgart

Umsetzung der ambitionierten Klimaschutzziele und der Energiewende ist jedoch eine breite Unterstützung in der Gesellschaft notwendig, um Widerstände gegen klimaschützende Maßnahmen zu vermeiden, die Akzeptanz für klimaschutznotwendige Infrastruktur und Anlagen zu erhöhen und schließlich eine aktive Trägerschaft möglichst vieler Akteursgruppen zu erreichen, die den Klimaschutz dynamisch vorantreiben (ausführlich dazu: Renn 2022). Dafür sind eine als fair wahrgenommene Verteilung finanzieller Lasten, gelingende Beteiligungsformen und die Erzeugung positiver Klimaschutzeffekte erforderlich. Das ist umso notwendiger, als sich Klimaschutz den Bürger:innen häufig als konkrete Belastung darstellt, denn sie tragen erhöhte Kosten (etwa beim Austausch von Heizungen), müssen oft zusätzliche Belastungen, wie mehr Lärm, Verkehr oder Veränderungen des Landschaftsbildes beim Bau und Betrieb erneuerbarer Anlagen wie Windparks in Kauf nehmen, sollen ihr Verhalten ändern und ihre Konsumgewohnheiten auf Produkte und Dienstleistungen umlenken, die in ihrer Bilanz wenig CO₂ Ausstoß aufweisen. Hier Zustimmung zu einer radikalen Transformation zu gewinnen, ist nicht einfach. Dazu kommt eine zunehmende Attraktivität von „fake news“, die darauf abzielen, Vorurteile oder emotional hoch geladene Positionen populistisch zu bedienen (Mcintyre 2018, S. 128ff). Gerade im Bereich der Klimawissenschaften wird dieses Dilemma deutlich: Rund 16% der deutschen Bevölkerung hält den menschenversursachten Klimawandel für ein Märchen und mehr als 40% sind der festen Meinung, dass der Klimawandel unter Fachwissenschaftlern höchst umstritten sei (Steentjes et al. 2017). Auch politisch ist die Klimapolitik noch wenig effektiv: bis 2019 ist weltweit der CO₂ Ausstoß jedes Jahr angewachsen und selbst in Deutschland werden die Klimaziele 2030 nach allem, was wir jetzt schon wissen, nicht erreicht. Was also ist zu tun?

Ausgangspunkt für dem folgenden Beitrag ist die Einsicht, dass wirksame Klimapolitik auf die aktive Mitwirkung und Teilhabe der Bürger:innen an den Transformationen hin zu einem effektiven Klimaschutz abgewiesen ist¹. Im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen steht das Modell des analytisch-deliberativen Diskurses (US National Research Council 1996). Analytisch-deliberative Verfahren verändern zum einen die Rolle der Wissenschaft als „honest broker“ zwischen den gesellschaftlichen Interessen, Werten und Präferenzen, zum anderen erfordern sie eine innovative Architektur von Beteiligung der Bürger:innen an der Problemdefinition wie an der Entwicklung von Lösungsoptionen (Pielke 2007).

Der Beitrag ist in vier Abschnitte gegliedert. Zunächst geht es in Kapitel 2 um die Leistungen und Funktionen der Beteiligung von gesellschaftlichen Gruppen und der Öffentlichkeit. Kapitel 3 erläutert das Modell des analytisch-deliberativen Diskurses und zeigt auf, welche Möglichkeiten damit verbunden sind. Kapitel 4 beschreibt die Gelingensbedingungen für einen solchen Diskurs. Kapitel 5 stellt ein gelungenes Beispiel für Beteiligung im Bereich des Klimawandels vor und Kapitel 6 fasst die wesentlichen Erkenntnisse und Schlussfolgerungen für eine erfolgversprechende Beteiligung zusammen.

Wahlen in Zeiten der Polykrise?

Baustellen der Europäischen Union im Europawahljahr 2024

Andreas N. Ludwig

Zusammenfassung

Die Europawahlen 2024 finden in unsicheren Zeiten, unter den Bedingungen einer vermeintlichen Polykrise statt. Der Beitrag beleuchtet zunächst diesen aktuell vielfach diskutierten Begriff, zeigt bestehende Herausforderungen der EU im Wahljahr auf und hinterfragt abschließend diesen Krisendiskurs.

2024 wird in Europa ein wichtiges Wahljahr. In etlichen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) – etwa in Belgien, Kroatien, Portugal und Österreich –, einigen ihrer Beitrittskandidaten und im Vereinigten Königreich sind landesweite Wahlen geplant. Vom 6. bis 9. Juni wählen die Bürgerinnen und Bürger der EU ferner zum zehnten Mal direkt das Europäische Parlament (EP) (vgl. Europäisches Parlament 2023). Global betrachtet wird 2024 gar ein „Superwahljahr“, wie Daniela Schwarzer jüngst in der Zeitschrift *Internationale Politik* treffend formulierte (2023, S. 90). Für *The Economist*, der traditionell im November einen Ausblick auf das Folgejahr und seine möglichen Entwicklungen wagt, ist es *das* Superwahljahr: Noch nie in der Geschichte hätten weltweit so viele Wahlen angedacht, noch nie seien so viele Menschen zu den Urnen gerufen, so die Chefredakteurin der einflussreichen britischen Wochenzeitung, Zanny Minton Beddoes (2023): von Algerien, Indien, Indonesien, über Kanada, Russland und Südafrika bis zu den Vereinigten Staaten von Amerika. Zu diesen kommen regionale wie kommunale Urnengänge in einer Vielzahl an Staaten mehr. Man denke im deutschen Kontext an die Kommunalwahlen in



Dr. Andreas N. Ludwig

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Internationale Beziehungen, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt und Lektor für Europapolitik, Fachhochschule Kärnten (Österreich)

etlichen Bundesländern oder die drei im September 2024 bevorstehenden Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen (vgl. Die Bundeswahlleiterin 2023).

Wenn auch nicht alle Wahlen zu politischen Umwälzungen führen werden, so muss man angesichts ihrer schier Zahl zumindest mit der Möglichkeit tiefgreifender Veränderungen rechnen – für die jeweiligen Gemeinwesen, Weltregionen hin zum globalen System. Was aus liberal-demokratischer Perspektive eine Sternstunde der Demokratie weltweit sein sollte, warnt Minton Beddoes schon zu Beginn ihres Beitrags daher genauso eindrücklich wie pessimistisch, drohe in der Praxis zum Gegenteil zu werden. Es stehe ein „nerve-racking and dangerous year“ (Minton Beddoes 2023) – ein nervenaufreibendes und gefährliches Jahr ins Haus.

Egal wohin man blickt, dieses Wahljahr findet in der Tat in unruhigen Zeiten statt. Nun ist Ungewissheit eine der Grundbedingungen unserer durch permanenten Wandel geprägten, komplexen Welt des 21. Jahrhunderts (siehe dazu bspw. Mitchell 2008; Morin 2008). Volatilität, Unsicherheit, Komplexität und Ambiguität sind deren Charakteristika, was gemeinhin unter dem Kürzel der „VUKA-Welt“ zusammengefasst wird (bspw. Mack und Khare 2016). Unsicherheit ist insofern Normalität, mit der es in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft umzugehen gilt. Die Covid 19-Pandemie erhöhte dafür bei vielen Entscheidungstragenden, aber auch der Öffentlichkeit das Bewusstsein. Zugleich trug sie zur verstärkten Wahrnehmung der Häufung von Krisen, einer sogenannten „Polykrise“ bei, die seither prominent zurück in der wissenschaftlichen wie auch der medialen Diskussion ist. Die Unwägbarkeit des Wahlausgangs in vielen Fällen – und die Europawahlen bilden hier keine Ausnahme – vergrößert die politisch, wirtschaftlich bzw. gesamtgesellschaftlich empfundenen Unsicherheiten 2024 noch weiter. Angesichts dieser Umstände, aber vor allem mancher krisenhafter Entwicklungen und europäischer Wahlergebnisse zuvor, verwundern weder die eben beschriebene Skepsis noch konkreter Daniela Schwarzers Anmerkung bezogen auf die bevorstehenden EU-Wahlen, wenn sie betont, dass „[v]iele in der EU mit Unbehagen auf das Wahljahr [blicken] – und auf das, was danach folgen mag“ (2023, S. 90).

Ein Wahljahr also in Zeiten der Polykrise? Was steht hinter diesem Schlagwort? Welchen Risiken sieht sich die EU gegenüber? Zunächst sollen im Folgenden der Begriff der „Polykrise“ im Lichte der ihm zugrundeliegenden Komplexitätsforschung und sein derzeitiger Diskussionsstand umrissen werden. Sodann werde ich überblicksartig aktuelle Risiken und einhergehende Herausforderungen, – metaphorisch gesprochen – Baustellen der EU im Kontext der bevorstehenden Wahlen knapp skizzieren und abschließend den einleitend erwähnten Krisendiskurs hinterfragen.

1. Polykrise: Karriere eines vieldeutigen Begriffs

Spätestens seit den 1970er Jahren werden in der Wissenschaft, aber schnell auch darüber hinaus, eine gleichzeitige Beschleunigung prägender Prozesse in etlichen Systemen im planetaren Kontext, ihre krisenhafte Entwicklung diagnostiziert und deren Folgen für die Menschheit diskutiert. Dies betrifft etwa Phänomene wie die fortschreitende Globalisierung der Weltwirtschaft, den Wandel des Weltklimasystems,

Fortschritt gewagt – und wie weit gekommen?

Eine Halbzeitbilanz der Ampel-Koalition unter Olaf Scholz

Reimut Zohlnhöfer und Fabian Engler

Zusammenfassung:

Die 2021 gebildete Koalition aus SPD, Grünen und FDP hatte ihren Koalitionsvertrag unter das Motto „Mehr Fortschritt wagen“ gestellt. Doch wie weit ist die Koalition unter Bundeskanzler Scholz nach der Hälfte der Wahlperiode mit ihren Vorhaben gekommen? Dabei unterscheiden sich die Politikfelder erheblich. Erfolgen, wie der Unterstützung der Ukraine und einigen (allerdings noch nicht verabschiedeten) gesellschaftspolitischen Reformen im Sinne der Koalition, stehen große inhaltliche Differenzen z.B. in der Wirtschafts-, Energie- und Sozialpolitik gegenüber. Diese Blockaden führten nicht nur zu teilweise halbherzigen Reformen, sondern auch zu schlechten Umfragewerten. Das Haushaltsurteil des Verfassungsgerichts dürfte die zweite Hälfte der Wahlperiode für die Regierung nicht leichter machen.

1. Einleitung¹

Die Bundestagswahl 2021, in deren Folge eine Koalition aus SPD, Grünen und FDP gebildet und Olaf Scholz (SPD) zum Bundeskanzler gewählt wurde, war in vielerlei Hinsicht eine besondere Wahl. Erstmals seit 1949 trat der amtierende Bundeskanzler nicht mehr an. Dies scheint insbesondere der bisherigen Kanzlerpartei erheblich geschadet zu haben, erreichten CDU und CSU gemeinsam doch lediglich 24,2% der Zweitstimmen und damit das schlechteste Bundestagswahlergebnis ihrer Geschichte. Aber auch die vielfach als Wahlsiegerin betrachtete SPD kam auf ein im historischen Vergleich schwaches Ergebnis von nur 25,7% – lediglich 2009 und 2017 wurde es unterboten. Damit verfehlten Union und SPD erstmals die gemeinsame absolute Stimmenmehrheit. Dagegen schafften die Grünen, die FDP und die AfD jeweils



Prof. Dr. Reimut Zohlnhöfer
Professor für Politische Wissenschaft an der
Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg



Dr. Fabian Engler
Akademischer Mitarbeiter am Institut für Politische
Wissenschaft der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

zweistellige Ergebnisse. Während die AfD dabei Verluste hinnehmen musste, erreichte die FDP erstmals in zwei aufeinanderfolgenden Wahlen ein zweistelliges Ergebnis, während die Grünen mit 14,8% ihr bestes Bundestagswahlergebnis überhaupt erzielten. Verluste erlitt dagegen die Linke, die mit 4,9% sogar an der Fünfprozenthürde scheiterte, aber dank dreier gewonnener Direktmandate und der Grundmandatsklausel dennoch in Fraktionsstärke in den Bundestag einzog.

Der 20. Bundestag war demnach gekennzeichnet von zwei historisch schwachen (ehemaligen) Volksparteien, zwei Fraktionen an den politischen Rändern, die für die Koalitionsbildung keine Rolle spielten (AfD und Linke), und zwei politisch gestärkten zentristischen Fraktionen, Grüne und FDP, die zusammen mehr Stimmen gewonnen hatten (26,3%) als die stärkste Volkspartei allein. Auf dieser Grundlage kamen nur wenig Koalitionsoptionen in Frage: eine Große Koalition als einziges Zweierbündnis, das aber von keiner Seite mehr angestrebt wurde, sowie eine Koalition aus Grünen und FDP entweder mit der SPD („Ampel-Koalition“) oder mit der Union („Jamaika-Koalition“). Nach einer kurzen Vorsondierung verschiedener Optionen wurden schnell die Weichen für eine Ampel-Koalition gestellt, die dann auch relativ geräuscharm und zügig gebildet wurde (Siefken 2022).

Gleichwohl waren schon zu Beginn der Verhandlungen bestimmte programmatische Schwierigkeiten absehbar. Legt man Expertenbefragungen zu den programmatischen Positionen der deutschen Parteien im Vorfeld der Bundestagswahl 2021 zugrunde (Jankowski et al. 2022), zeigen sich – je nach Politikfeld – teils ganz erhebliche Differenzen zwischen den neuen Koalitionspartnern – und das interessanterweise durchaus auch im Vergleich zu anderen möglichen Koalitionen (Abb. 1). Die Daten erfassen die Positionen der Parteien in verschiedenen Politikfeldern auf einer Skala zwischen 1 und 20. Berechnet man den Abstand zwischen denjenigen potenziellen Koalitionspartnern, die in einem Politikfeld am weitesten voneinander entfernt sind, um auf diese Weise die Policydivergenz der Koalition abzubilden, scheint der Handlungsspielraum für die Ampel-Koalition in der Gesellschaftspolitik, also bei Fragen wie Abtreibung, Homosexualität und Sterbehilfe, am größten gewesen zu sein. Lediglich 2,8 Punkte auf der zugrundeliegenden 20er-Skala trennten die Grünen und die FDP, und damit die am weitesten entfernten Parteien dieser Koalitionskonstellation, bei solchen Fragen. Damit war diese Koalition in dieser Hinsicht wesentlich kohäsiver als etwa eine Große Koalition (7,3) oder gar eine Jamaika-Koalition (10,1). Auch bei Fragen der Zuwanderung schneidet die Ampel-Koalition hinsichtlich ihrer Übereinstimmung besser ab als die übrigen denkbaren Optionen (6,0 im Vergleich zu 6,2 bei einer Großen Koalition und 10,4 bei einer Jamaika-Koalition). In anderen wichtigen Politikfeldern allerdings scheinen die Positionen der Teilnehmer einer möglichen Großen Koalition näher beieinander gelegen zu haben als die der Ampel-Koalitionäre (oder der Teilnehmer einer Jamaika-Koalition): Das gilt für die Klimapolitik (4,3 zu 12,2), die Wirtschaftspolitik (6,1 zu 10,7), aber auch die Frage, ob zur Bekämpfung der Corona-Pandemie dem Gesundheitsschutz oder den Freiheitsrechten der Vorrang zu geben sei (0,8 statt 6,8). Diese Daten lassen also darauf schließen, dass die Koalition unter Bundeskanzler Scholz bei vielen der zentralen politischen Aufgaben ganz erhebliche interne Gegensätze zu überwinden hatte, wobei die Extrempunkte in den meisten Fällen von den Grünen auf der einen und

Einwanderungstraumland Kanada?

Perspektiven und Impulse für die deutsche Einwanderungs- und Integrationspolitik

Friederike Alm und Elke Winter

Zusammenfassung

In diesem Artikel wird sich mit der Frage befasst, was genau Deutschland von Kanadas Erfahrungen mit Einwanderung und Integration lernen kann. Hierzu werden zunächst Grundzüge der kanadischen Einwanderungs- und Integrationspolitik dargestellt, anschließend wird die Problemlage in Deutschland expliziert. Der Artikel schließt mit einer Analyse, in welchen Politikbereichen Kanada berechtigt als Inspiration für deutsche Einwanderungs- und Integrationspolitik gelten kann.

1. Einleitung: Einwanderungstraumland Kanada – Inspiration für Deutschland?

Seit der Jahrtausendwende ist Deutschland offiziell zu einem Einwanderungsland geworden. Mittlerweile nimmt es weltweit nach den USA den zweiten Platz der wichtigsten Einwanderungsländer der Welt ein. 18 Prozent der Bevölkerung sind nicht in Deutschland geboren und über 29 Prozent der Menschen in Deutschland verfügen über einen sogenannten Migrationshintergrund.¹ Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung gibt es gesellschaftlich und politisch viele Diskussion darüber, was es für Deutschland bedeutet, ein Einwanderungsland zu sein.

Ein Land, das in diesem Kontext reichlich Aufmerksamkeit für seine Einwanderungs- und Integrationspolitik erhält, ist Kanada. Das nordamerikanische Land gilt in vielerlei Hinsicht als Vorbild für neuere Einwanderungsländer, besonders in Bezug



Friederike Alm

Doktorandin am Institut für Politikwissenschaft
Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main



Prof. Dr. Elke Winter

School of Sociological and Anthropological Studies
University of Ottawa

auf das klar strukturierte Einwanderungssystem und das deutliche Bekenntnis zum Multikulturalismus als Leitbild für gesellschaftlichen Zusammenhalt. In den letzten beiden Jahrzehnten gab es einen regelrechten Politiktourismus nach Kanada, um zu verstehen, wie man Einwanderung und Integration nachhaltig und positiv gestalten kann. Zuletzt waren die deutsche Innenministerin Nancy Faeser und der Arbeitsminister Hubertus Heil im März 2023 in Kanada zu Besuch, um sich über das dortige Einwanderungssystem zu informieren. Heils Fazit nach der Reise war deutlich: „Die Bürokratie muss abgebaut werden, aber auch das Mindset der Gesellschaft muss sich ändern.“ (Deutschlandfunk 2023). Faeser brachte zum Ausdruck, dass die aktuelle Einbürgerungsfrist von acht Jahren Aufenthalt auf fünf reduziert werden müsse und fügte hinzu: „Wir brauchen geordnete Migration, wie wir sie in Deutschland noch nie hatten“ (ebd.).

Kanada ist für diese Veränderungen ein gängiger medialer und politischer Wegweiser. In der Medienberichterstattung zu Kanada werden häufig Einzelbeispiele von erfolgreichen Einwanderungsgeschichten herangezogen oder es werden Firmen porträtiert, in denen Mitarbeiter*innen vielfältiger Herkunft erfolgreich zusammenarbeiten. Aber was genau beinhaltet die kanadische Einwanderungspolitik? Und welche Aspekte dieser Politik lassen sich tatsächlich in Deutschland übernehmen? In diesem Artikel möchten wir über die anekdotische Medienberichterstattung hinaus wissenschaftlich erörtern, was Kanada zu einem ‚erfolgreichen‘ Einwanderungsland macht und inwiefern dieser Status an politische, gesellschaftliche, geographische und nicht zuletzt kontextspezifische Bedingungen geknüpft ist. Darauf aufbauend erörtern wir, welche Aspekte der kanadischen Einwanderungspolitik berechtigt als Inspiration für Deutschland gelten sollten. Allerdings werden wir auch darauf hinweisen, welche Gemeinsamkeiten zwischen Kanada und Deutschland bereits bestehen. So zeigen wir, dass die grundsätzlich postulierte Unterscheidung zwischen den beiden Ländern sich in den letzten beiden Jahrzehnten gelockert hat. Zu guter Letzt zeigen wir auf, welche Aspekte kanadischer Migrationspolitik realistisch auf andere Länder übertragbar sind – und welche eine ‚Kopie‘ des kanadischen Ansatzes für Deutschland erschweren.

2. Kurz und knapp: Wie funktioniert das kanadische Einwanderungs- und Integrationssystem?

2.1 Das kanadische Einwanderungssystem: Mehr als nur Punkte

Seit seiner Gründung als kanadische Konföderation 1867 (damals noch als Teil der britischen Kolonialherrschaft) wandern Menschen nach Kanada ein. So wird in der wissenschaftlichen Literatur häufig darauf hingewiesen, dass Einwanderung ein wesentlicher Bestandteil kanadischer Staatsbildung ist (Triadafilopoulos 2012). Die strategische Gestaltung kanadischer Einwanderung begann bereits Ende des 19. Jahrhunderts. Grundlegend galt, dass Einwander*innen aufgrund ihrer ethnischen und religiösen Zugehörigkeit ausgewählt oder von der Einwanderung ausge-

Wenn nicht jetzt, wann dann?

Zur Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes

Margarete Menz und Jessica Wilzek

1. Something's changed (Sharon Jones & The Dap-Kings)

Nachdem der erste Entwurf für die Neufassung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG) innerhalb von nur zwei Tagen veröffentlicht und – nach massivem Protest auch und insbesondere durch Professor*innen unter dem Hashtag #ProfsfürHanna#ProfsfürReyhan – wieder ‚in die Montagehalle‘ geschickt wurde, liegt seit Ende Juni ein neuer Referentenentwurf vor. Die Kritik und die Debatten dazu reißen allerdings nicht ab, über 70 Organisationen haben bis Ende September 2023 Stellungnahmen veröffentlicht. Im Mittelpunkt der Kritik steht hierbei die bisherige Praxis der ‚6+6‘ Sonderbefristung vor allem für Post-Docs, d.h. Wissenschaftler*innen mit Promotion. Der erste Entwurf enthielt noch eine Verkürzung der Sonderbefristungsdauer auf drei Jahre, nun sind 4+2 Jahre vorgesehen, wobei die zusätzlichen zwei Jahre Beschäftigungszeit allerdings nur mit einer zugesagten Entfristung möglich sind. Ein Streit um zwei oder vier Jahre Post-Doc Befristung oder um die Frage nach der Höhe der Entfristungsquote geht allerdings an dem grundlegenden Reformbedarf von Universitäten und Wissenschaft vorbei. Wir plädieren daher dafür – wie auch z.B. das Netzwerk für gute Arbeit in der Wissenschaft – , die aktuelle Debatte als Chance zu sehen, sich selbstkritisch mit dem eigenen System und den darin herrschenden Narrativen und Imaginationen auseinanderzusetzen, in die auch wir als Wissenschaftlerinnen sozialisiert und verstrickt sind. Schon fast parodiehafte Selbstbestätigungsemails, wie zuletzt von Dieter Lenzen (der vor seinem 30. Lebensjahr quasi im Vorbeigehen verbeamtet wurde) in der FAZ vom 13.09.23, sind da nicht hilfreich. Gerade *weil* wir davon überzeugt sind, dass ‚Wissenschaft‘ ein



Dr. Margarete Menz

Akademische Oberrätin im Institut für Erziehungswissenschaft
Pädagogische Hochschule Schwäbisch Gmünd



Dr. Jessica Wilzek

Referentin für Nachwuchsförderung und Karriereentwicklung
Pädagogische Hochschule Schwäbisch Gmünd

Chancen und Risiken eines Industriestrompreises

Der Industriestrompreis – ein Politikum?

Thorsten Winkelmann

Im Zuge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine beschloss u.a. die Europäische Union weitreichende Sanktionen gegen Einzelpersonen und ganze Wirtschaftszweige der Russischen Föderation. Vor allem die Einfuhrbeschränkungen gegenüber fossilen Energieträgern machten die Abhängigkeit einzelner EU-Mitgliedsstaaten deutlich, hatte man es doch in der Vergangenheit versäumt, tragfähige Alternativen zu prüfen und auf einen Energiemix aus unterschiedlichen Lieferländern zu setzen. Über Jahrzehnte hinweg betonte insbesondere die deutsche Bundesregierung die Zuverlässigkeit der durch Pipelines erfolgten sowjetischen bzw. russischen Gasimporte. Die Verknappung des Angebots in Verbindung mit der Zerstörung der Pipeline Nordstream II führte indes dazu, dass die Gaspreise explodierten. Notierte der durchschnittliche Gaspreis für Privatkunden im Jahr 2020 noch bei sechs Cent je Kilowattstunde, vervierfachte er sich im zweiten Halbjahr 2022 auf nunmehr ca. 24 Cent je Kilowattstunde. Um diese Belastungen für den Endverbraucher abzumildern, beschloss die Bundesregierung eine Reihe von Maßnahmen wie etwa die Gaspreisbremse, die u.a. einen reduzierten Mehrwertsteuersatz von sieben statt 19 Prozent und Abschlagszahlungen vorsieht. Hiervon profitieren die privaten Haushalte, während die Industrie vergleichbare Unterstützung einfordert.

Durch eine zeitlich befristete Deckelung der Gaspreise – also eine politisch festgelegte Preisobergrenze – sollen hierzulande Unternehmen entlastet werden. Dabei ist folgender Mechanismus angedacht: Liegt der Preis an der Strombörse in Leipzig über einem im Voraus definierten Betrag von ungefähr sechs Cent je Kilowattstunde, dann wird die Differenz durch einen vom Steuerzahler getragenen Fond beglichen. Dies hätte eine preisdämpfende Wirkung gerade für energieintensive Betriebe mit Vorteilen im globalen Wettbewerb. Zugleich würde damit Planungssicherheit für



PD Dr. Thorsten Winkelmann
Institut für Politische Wissenschaft
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

„Mediengeile Klimakleber oder selbstlose Weltretter?“

Eine Talkshow-Simulation zu den Protesten der Letzten Generation

Tom Meyer und Florian Weber-Stein

„Letzte Generation“ – (k)ein Thema für die Schule?

Die Klimaproteste der „Letzten Generation“ (im Folgenden: LG) sind längst zu einem schulpolitischen Thema geworden. Nach einem Bericht der Tageszeitung „Die Welt“ (2023) vom 8. April 2023, die LG wolle aktiv Aktivist:innen an Schulen rekrutieren, kündigten die Kultusminister:innen fast aller Länder an, dies proaktiv verhindern zu wollen.

Die Einbeziehung externer Akteur:innen in die Bildungsarbeit der Schule ist grundsätzlich rechtfertigungsbedürftig und im Falle einer Vereinigung, die mittlerweile von einigen Behörden als kriminell eingestuft worden ist, sicherlich problematisch. Umso wichtiger erscheint es, die Forderungen und Protestformen der LG zum Gegenstand einer politikdidaktisch reflektierten, unterrichtlichen Auseinandersetzung zu machen. Dazu unterbreiten wir im Folgenden einen Unterrichtsvorschlag, der sich an der Makromethode der Talkshow-Simulation orientiert. Die Materialien können von der GWP-Internetseite mit Open Access abgerufen werden.

In einem ersten Schritt werden wir einordnen, welche Möglichkeiten für Klimaaktivismus im demokratischen Verfassungsstaat bestehen und welche Kriterien zur Beurteilung der Legitimität der Proteste der LG aus demokratietheoretischer Sicht angelegt werden (1.). Es schließen sich einige politikdidaktische Überlegungen zu den Protesten der LG als Unterrichtsgegenstand an (2.). Es folgt eine Vorstellung der Talkshow-Simulation als Makromethode sowie eine knappe Skizze unseres



Tom Meyer

Doktorand im Bereich Politikwissenschaft und Politikdidaktik,
Institut für Sozialwissenschaften, Pädagogische Hochschule
Ludwigsburg



Prof. Dr. Florian Weber-Stein

Professor für Politikwissenschaft und Politikdidaktik, Institut für
Sozialwissenschaften, Pädagogische Hochschule Ludwigsburg

Unterrichtsmaterials (3.), bevor wir die Erfahrungen aus der praktischen Durchführung in einer Stuttgarter Gemeinschaftsschule (Sek. II) schildern (4.). Ein kurzes Fazit schließt unsere Überlegungen ab (5.).

1. Klimaproteste im demokratischen Verfassungsstaat

Die Proteste der LG zielen auf eine bewusste Störung des Alltags, um bei der Bevölkerung und den politischen Eliten die Problematik einer Politik ins Bewusstsein zu rufen, deren Maßnahmen nach einhelliger klimawissenschaftlicher Auffassung nicht ausreichen, die Klimaerwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen (Spiegel Online 2023). Bei großen Teilen der Bevölkerung sowie der Politiker:innen stoßen sie damit auf Ablehnung und Unverständnis. Aus einer demokratietheoretischen Perspektive spricht Vieles dafür, dass das Problem einer (noch) nicht nachhaltigen Politik weniger am Unvermögen der handelnden Personen als an den Strukturen des politischen Systems festzumachen ist.

a) Die Gegenwartspräferenz repräsentativer Demokratien

Unter dem Schlagwort „Demokratiedefekte“ werden strukturelle Probleme verstanden, die auf den „demokratischen Charakter“ (Mannewitz 2018, S. 18) eines Systems zurückgeführt werden können. Die *Gegenwartspräferenz* repräsentativer Demokratien hat zwei Ursachen: Um in Wahlkämpfen ihre Chancen zu erhöhen, orientieren sich Politiker:innen an den Bedürfnissen ihrer Wählerschaft. Die Interessen junger oder zukünftiger Generationen spielen daher im Kalkül nur eine untergeordnete Rolle (Gesang 2022). Darüber hinaus sind Politiker:innen bestrebt, die Ergebnisse ihrer Politik während ihrer Amtszeit vorweisen zu können. Zusätzlich erschwert die Unsicherheit über zukünftige Machtverhältnisse eine langfristige politische Agenda

Es ist jedoch nicht nur das Machtkalkül der Politiker:innen in kurzgetakteten Amtsperioden, das eine nachhaltige Politik erschwert, sondern auch die Erwartungshaltung der Wählerschaft (Tremmel 2018; Gesang 2022). Empirische Untersuchungen stützen die Vermutung, dass vorausschauendes politisches Handeln seitens der Wähler:innen nicht entsprechend gewürdigt wird. In der Studie von Healy und Malhorta (2009) honorierten Wähler:innen das Bereitstellen von Katastrophenhilfe, wohingegen Investitionen in die Katastrophenvorsorge keine entsprechende Wertschätzung fanden (Rose 2018).

Die grundlegende Frage, welchem Wahlvolk politische Entscheidungsträger:innen in einer Demokratie verpflichtet sind, beschäftigt Demokratietheoretiker:innen seit jeher (ebd.). Spätestens mit der Entstehung einer von Vernetzungen und Abhängigkeiten geprägten Weltwirtschaft wurde das *Demos-Problem* zu einer zentralen ethischen Frage für die politische Praxis (Gesang 2022). Mit Blick auf die langfristigen ökologischen Folgen besitzt dieses Problem zusätzlich eine intergenerationelle Komponente. In der Gegenwart getroffene politische Entscheidungen über das Einleiten von Klimaschutzmaßnahmen betreffen Dimensionen von zehn- bis hunderttausenden von Jahren (Tremmel 2018). Damit sind es vor allem die zukünftig lebenden

„Verkratert statt gespalten“ – Von der Politisierung neuer Konfliktstrukturen in der Gegenwartsgesellschaft

Über: Mau/Lux/Westheuser (2023), „Triggerpunkte“

Delia Zollinger

Ist die deutsche Gesellschaft „gespalten“ in zwei Lager, die sich feindlich gegenüberstehen? Können wir von einem umfassenden „Kulturkampf“ sprechen, in dem zwei Großgruppen diametral entgegengesetzte Positionen zu Migrations-, Gleichstellungs-, oder Klimafragen beziehen? An solchen Spaltungsdiskussionen richten die Berliner Soziologen Steffen Mau, Thomas Lux und Linus Westheuser ihr neues Buch „Triggerpunkte“ aus. Sie scheinen erst einmal Entwarnung zu geben: Sie beschreiben eine „zerklüftete, verkraterte Konfliktlandschaft“, die sich kaum mit einer einfachen Zwei-Lager-Logik beschreiben lasse (S.395). Mit dieser Aussage stützen sich die Autoren auf Analysematerial von beeindruckender Breite sowie Tiefe, das sie über ca. 400 Seiten verdaubar aufbereiten und zugleich bildhaft vermitteln. Das Versprechen einer differenzierten Kartierung der deutschen Meinungslandschaft über vier „Ungleichheitsarenen“ (Oben-Unten, Innen-Aussen, Wir-Sie, und Heute-Morgen) anhand einer neuen Umfrage sowie Fokusgruppen löst das Autorenteam mehr als ein. Mit der Kombination von quantitativen Umfragedaten und qualitativen „Diskussions“-Daten hebt sich das Buch von der einschlägigen Forschungsliteratur ab. Es wird aber auch gerade dadurch zu einem äußerst aufschlussreichen und an öffentliche sowie alltägliche Diskussionen anschlussfähigen Leserlebnis. Das betrifft insbesondere die Identifizierung von gesellschaftlichen „Triggerpunkten“, an denen Konsens in emotionalisierten Dissens umschlägt, und die dem Buch ihren Namen geben.



Dr. Delia Zollinger

Postdoktorandin am Lehrstuhl für Schweizer Politik und Vergleichende Politische Ökonomie, Universität Zürich

Steffen Mau, Thomas Lux, Linus Westheuser
Triggerpunkte.

Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft
(2023), Berlin: Suhrkamp



Ist die deutsche Gesellschaft gespalten?

Über Harald Jähner (2022): Höhenrausch. Das kurze Leben zwischen den Kriegen

Stefan Hradil

Harald Jähners Buch „Höhenrausch. Das kurze Leben zwischen den Kriegen“ hat Furore gemacht. In allen deutschen Qualitätszeitungen wurde die faszinierende Darstellung von Kultur, Alltagsleben und Politik zur Zeit der Weimarer Republik hoch gelobt. Der Autor schildert facettenreich, wie der Aufbruch in neue Musikstile, Kunstformen, Tanz- und Unterhaltungsweisen, wie der scheinbare Sieg der demokratische Parteienvielfalt und der Frauenemanzipation etc. bald sein Ende fand. Spätestens nach der Wirtschaftsdepression des Jahres 1929 folgte der deprimierende Vormarsch des Faschismus, der althergebrachten Frauenbilder und schließlich der Sieg all derjenigen, die den „Höhenrausch“ des Charleston, der abstrakten Kunst, der politischen Diskussionen usw. schon immer als „undeutsch“ bekämpft hatten.

Kultur, Gesellschaft, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik

In einer Fülle von Beispielen lässt uns der Autor Harald Jähner zunächst daran teilhaben, wie die im Kaiserreich und im Ersten Weltkrieg aufgestauten Bedürfnisse sich nach dem Krieg explosionsartig Bahn brachen: Vor allem in Großstädten wie Berlin zeigte sich der „Höhenrausch“ in immer mehr Schnelligkeit, Selbstoptimierung und Abwechslung im Straßenverkehr, beim Tanzen, in der Architektur, in der Mode, der Sexualität u.v.m. Die ersten Jahre der parlamentarischen Demokratie waren vielversprechend. Freilich sahen viele ehemalige Soldaten und ostelbische Gutsherren,



Univ.-Prof. i.R. Dr. phil. Dr. h.c. Stefan Hradil
Arbeitsbereich Sozialstrukturanalyse, Johannes zu Gutenberg
Universität Mainz

Harald Jähner: Höhenrausch. Das kurze Leben zwischen den Kriegen, 2022, Berlin : Rowohlt

